



## Beschluss des Stadtrats

vom 1. März 2023

GR Nr. 2022/647

### Nr. 440/2023

#### **Schriftliche Anfrage von Roger Suter und Deborah Wettstein betreffend Vorfälle in den ehemaligen «Gammelhäusern» an der Neufrankengasse 6 und 14, Massnahmen gegen die Ausbreitung der Drogenszene, Situation betreffend Personen mit psychischen Erkrankungen, Beurteilung der Konzentration des Angebots auf den Standort und Massnahmen zur Erhaltung der Aufwertung des Langstrassenquartiers**

Am 7. Dezember 2022 reichten die Mitglieder des Gemeinderats Roger Suter und Deborah Wettstein (beide FDP) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2022/647, ein:

In den ehemaligen „Gammelhäusern“ Neufrankengasse 6 und 14 kommt es vermehrt zu Vorfällen zwischen Bewohnenden der „Beaufsichtigten Wohnintegration“ und Nachbarn. So schreien zu jeglicher Tag- und Nachtzeit immer wieder drogenkonsumierende Personen in Gargeneinfahrten und Hinterhöfen umher. Es wird an Busstationen gebettelt, eine männlich gelesene Person steht mit heruntergelassenen Hosen auf dem Trottoir und nimmt seine Umwelt nicht mehr wahr. Bewohnende der „Beaufsichtigten Wohnintegration“ bettelten Eltern mit einem Kind an. Nachdem kein Geld gegeben wurde, wurde damit gedroht, das Kind zu vergewaltigen. Wöchentliche Polizeieinsätze vor und im Gebäude Neufrankengasse sorgen nur für kurzen Frieden zwischen den „Bewohnenden“ und „Anwohnenden“.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Da der Polizeieinsatz nur kurz für Frieden sorgt, was kann unternommen werden, dass sich die Drogenszene nicht ausbreitet?
2. Viele Bewohnende der „beaufsichtigten Wohnintegration“ leiden an einer psychischen Erkrankung. Warum ist diese Einrichtung der richtige Ort für diese Personen?
3. Psychische Erkrankungen und „Suchtproblematik“ (Drogen und Alkohol) sind eine gefährliche Mischung. Wie wird sichergestellt, dass diese Personen keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen? (Polizeieinsätze sorgen nur für kurzen Frieden.)
4. Warum ist es sinnvoll, 70 Personen welche „therapieresistent“ sind, am selben Ort zu betreuen? Wäre es nicht sinnvoller diese auf private und öffentliche Institutionen zu verteilen?
5. In den letzten Jahren hat das Langstrassenquartier eine massive Aufwertung erfahren. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, dass diese Aufwertung erhalten bleibt?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

#### **Frage 1**

#### **Da der Polizeieinsatz nur kurz für Frieden sorgt, was kann unternommen werden, dass sich die Drogenszene nicht ausbreitet?**

Aus polizeilicher Sicht ist das Langstrassenquartier auch nach der baulichen Aufwertung der letzten Jahre ein Fokusgebiet in Bezug auf Sicherheit. Der Personaleinsatz ist konstant hoch. Ist die Quartierverträglichkeit beispielsweise in Bezug auf Drogenkonsum im öffentlichen Raum nicht gegeben, wird punktuell reagiert. Die Akteurinnen und Akteure von Stadtpolizei,



2/4

sip züri, ERZ und GSZ arbeiten eng zusammen und beurteilen die Situation regelmässig. Neue Szenen werden dank der hohen Präsenz von Stadtpolizei und sip züri rasch erkannt und verhindert.

Nur repressive Massnahmen genügen aber nicht, gestützt auf die bewährte Vier-Säulenpolitik der Stadt sind auch schadensmindernde Angebote neben Repression, Therapie und Prävention bedeutsam für eine stadtverträgliche Lösung. Die wohnintegrativen Angebote der Stadt führen zu einer Entlastung des öffentlichen Raums, da der Drogenkonsum zu einem grossen Teil im Wohnangebot und nicht in der Öffentlichkeit stattfindet. Die Erfahrungen aus den 1990er-Jahren zeigen, dass dieser Ansatz der Schadensminderung im Gegensatz zu reiner Repression ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Eindämmung der Drogenszene in der Öffentlichkeit darstellt, was auch für das Gebiet um die Neufrankengasse gilt.

## **Fragen 2**

**Viele Bewohnende der «beaufsichtigten Wohnintegration» leiden an einer psychischen Erkrankung. Warum ist diese Einrichtung der richtige Ort für diese Personen?**

Die Bewohnenden leiden oft an psychischen Erkrankungen in Kombination mit einer Suchtkrankheit. Zudem verfügen sie in der Regel über ein sehr tiefes Funktionsniveau (vgl. WOPP-Studie 2021). Aufgrund dieser Mehrfachbelastungen der Bewohnenden ist eine ständige Betreuung durch Fachpersonen und eine enge Zusammenarbeit mit Fachdiensten unumgänglich. Das Konzept der Einzelwohnlösungen führt zu Stabilisierung der Bewohnenden und vermindert das Konfliktpotenzial. Zudem gibt es kein alternatives Angebot für die Klientel der Beaufsichtigten Wohnintegration. In der Psychiatrie werden sie nach Behandlung der akuten Symptome entlassen. Aufgrund der immer kürzeren Aufenthaltszeiten in den psychiatrischen Kliniken übernehmen Wohneinrichtungen weitgehend die langfristige Betreuung der Betroffenen.

## **Frage 3**

**Psychische Erkrankungen und „Suchtproblematik“ (Drogen und Alkohol) sind eine gefährliche Mischung. Wie wird sichergestellt, dass diese Personen keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen? (Polizeieinsätze sorgen nur für kurzen Frieden.)**

Mit der 24-Stunden-Präsenz von Fachpersonen bietet die Beaufsichtigte Wohnintegration einen Rahmen, der vor Eskalationen schützt und stabilisierend wirkt. Durch die situationsangemessene Betreuung von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mehrheitlich einen beruflichen Hintergrund in der psychiatrischen Pflege aufweisen, sowie die enge Zusammenarbeit mit weiteren Fachdiensten und Partnerorganisationen wie die Psychiatrische Poliklinik, Notärztinnen und Notärzte, Notfallpsychiaterinnen und Notfallpsychiatern und der Sanität, wird sichergestellt, dass akute Krisen rasch bewältigt werden können. Zudem wird der Zugang zum Haus und die Nutzung des Aussenbereichs der Liegenschaft kontrolliert. Die Zusammenarbeit mit sip züri und der Stadtpolizei ist sehr eng.

Menschen, deren Verhalten von der gesellschaftlichen Norm abweicht, reden beispielsweise laut vor sich hin, schreien oder verhalten sich manchmal auch aggressiv. Diese Symptome können darauf hinweisen, dass Betroffene an psychischen Krankheiten leiden. Aufgrund der



3/4

Veränderungen in der Psychiatrie in den vergangenen Jahren (kürzere Klinikaufenthalte, höhere Zurückhaltung bei fürsorgerischen Unterbringungen und Zwangsmedikation; höhere Gewichtung der Autonomie des Individuums) kam es zu häufigeren Wechseln von Menschen zwischen Psychiatrie und Wohneinrichtungen (Drehtüreffekt). In der Beaufsichtigten Wohnintegration gelingt es in den allermeisten Fällen, die Bewohnenden zu stabilisieren. Über 50 Prozent der Bewohnenden sind aus der Obdachlosigkeit aufgenommen worden. Zudem kommt es zu sehr wenig Ausschlüssen (Kündigung durch die Einrichtung). Ein Drittel wohnt seit über zwei Jahren im Angebot. Damit ist die Beaufsichtigte Wohnintegration für viele Bewohnende zu ihrem festen Wohnsitz geworden.

#### **Fragen 4**

**Warum ist es sinnvoll, 70 Personen welche „therapieresistent“ sind, am selben Ort zu betreuen? Wäre es nicht sinnvoller diese auf private und öffentliche Institutionen zu verteilen?**

Die Beaufsichtigte Wohnintegration ist ein Wohnangebot für psychisch beeinträchtigte Personen, die aufgrund ihrer stark eingeschränkten Wohn- und Sozialkompetenz nicht in der Lage sind, sich in ein anderes bestehendes Wohnintegrationsangebot einzufügen. Es handelt sich um ein Angebot für Personen, die sich zuvor in der «Drehtüre» zwischen Obdachlosigkeit, Wohneinrichtungen und Psychiatrischer Klinik befanden. Ziel ist eine langfristige Stabilisierung der Personen und ihrer Wohnsituation. Zur Beaufsichtigten Wohnintegration gibt keine Alternativen in der Angebotslandschaft.

Die Liegenschaft bietet aufgrund der strukturellen Unterteilung (kleine Apartments mit eigener Nasszelle und Kochgelegenheit) und einem zentralen, gut überwachbaren Eingangsbereich, ideale Voraussetzungen zum Betrieb des Angebots. Zudem spricht die zentrale Lage respektive die Nähe zu bestehenden Angeboten wie Treffpunkten für Randständige, Kontakt- und Anlaufstellen, Jobkarte, dem medizinischen Ambulatorium Kanonengasse und der Regionalwache Aussersihl für den Standort. Zudem können die Kosten durch die Zentralisierung an einen Standort tief gehalten werden.

#### **Fragen 5**

**In den letzten Jahren hat das Langstrassenquartier eine massive Aufwertung erfahren. Was gedenkt der Stadtrat zu tun, dass diese Aufwertung erhalten bleibt?**

Ab Mitte der 1970er-Jahre litt die Gegend zwischen Stauffacherstrasse und Limmatplatz unter einer Massierung des Sexgewerbes sowie unter dem florierenden Drogenhandel.

Das Projekt «Langstrasse PLUS» koordinierte und förderte zwischen 2001 und 2011 das Engagement von Stadt, Gewerbe und Bevölkerung zur Verbesserung der Lebensqualität im Quartier. Die Situation konnte deutlich entschärft werden. Seit Abschluss des Projekts beobachtet die städtische Arbeitsgruppe «Quartiersicherheit im Langstrassengebiet» die Lage und koordiniert Massnahmen.

Das Quartier Langstrasse ist heute eines der lebendigsten der Stadt. Eine Ausgehmeile ist die Langstrasse geblieben. Die negativen Auswirkungen der 24-Stunden-Gesellschaft werden auch in Zukunft für die Wohnbevölkerung spürbar sein. Lärm ist einer der häufigsten Gründe für einen Einsatz der Stadtpolizei.



4/4

Durch die Fortführung der engen und bewährten Zusammenarbeit aller städtischen Dienstabteilungen im Kontext der Quartiersicherheit wird sichergestellt, dass die errungenen Verbesserungen fortbestehen.

Im Namen des Stadtrats  
Die Stadtschreiberin  
Dr. Claudia Cuche-Curti